«Die Nationalbank macht Geldpolitik und keine Pokerspiele»

MONTAGSINTERVIEW Fritz Zurbrügg wird Mitte Jahr Vizepräsident der Nationalbank. Er zeigt Verständnis für die Unternehmer, die nach der Aufhebung des Mindestkurses verärgert waren. Auch im Nachhinein würde er den Entscheid so treffen. Und den Bundesrat nicht früher informieren.

Am 15. Januar hat die Nationalbank den Euro-Franken-Mindestkurs aufgehoben. Wie oft am Tag schauen Sie seither auf die Entwicklung des Frankenkurses?
Fritz Zurbrügg: Ich verfolge die Kursentwicklung laufend. Das habe ich zwar schon vor der Aufhebung des Mindestkurses gemacht, aber seit dem 15. Januar schaue ich häufiger auf den Kurs.
Was Sie dort sehen, dürfte Sie nicht sehr freuen, denn der Eurokurs liegt näher bei einem Franken als bei 1.10 Franken.
Der Franken ist nach wie vor sehr hoch bewertet. Das zeigen alle Modelle, die wir verwenden. Aber wir schauen uns nicht nur die Entwicklung des Euro-Franken-Kurses an, sondern wir betrachten den Wechselkurs im Vergleich zu mehreren Währungen. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass eine Abschwächung des Frankenkurses gegenüber dem Euro stattfinden sollte.
Wann wird dies so weit sein?
Die Entwicklung des Frankenkurses hängt von ganz verschiedenen externen Einflüssen ab. Zum Beispiel davon, was in der Eurozone oder in Griechenland geschieht. Weitere Faktoren sind die geopolitischen Risiken und die Geldpolitik der grossen Länder. Die Erfahrung lehrt uns, dass es unmöglich ist, Aussagen bezüglich des zeitlichen Verlaufs von Wechselkursentwicklungen zu machen, und dass die Kurse lange von diesen Gleichgewichtskursen abweichen können
Die Exportwirtschaft befürchtet einen Einbruch der Exporte. Wie sieht Ihre Prognose aus?
Die Zahlen des ersten Quartals zeigen eine klare Abschwächung der Exporte. Unsere Prognose für das gesamtwirtschaftliche Wachstum besagt, dass sich dieses im ersten Halbjahr klar abschwächen wird. Für das zweite Halbjahr erwarten wir dagegen ein erneutes Anziehen des Wachstums. Für das Gesamtjahr haben wir die Wachstumsprognose von zwei auf ein Prozent reduziert. Doch diese Prognosen sind derzeit unsicherer als normalerweise, vor allem deshalb, weil nicht klar ist, wie sich der Wechselkurs entwickeln wird. Eine Unbekannte ist zudem, wie die Industrie auf den starken Franken reagieren wird. Trotzdem gehen wir davon aus, dass diese Abschwächung nicht in eine Rezession münden wird.
Vertreter von Exportunternehmen haben scharfe Kritik an der Nationalbank geübt. Wie gehen Sie damit um?
Dafür habe ich Verständnis, denn es ist eine starke Aufwertung in sehr kurzer Zeit. Und diese Entwicklung stellt die Exportunternehmen und gewisse Sektoren vor grosse Herausforderungen. Kritik ist in einer solchen Situation eine natürliche Reaktion. Es geht schon unter die Haut, wenn man vor Unternehmern steht und ihre Reaktionen hört. Aber wenn man überzeugt ist, den richtigen Entscheid getroffen zu haben, dann gibt das einem auch die nötige Kraft. Was wir tun können, ist, immer wieder zu erklären, wieso wir diesen Entscheid getroffen haben.
Konnten Sie seit dem Entscheid gut schlafen?
Ich schlafe eigentlich immer gut. Das kann Ihnen meine Frau bestätigen. Aber um den 15. Januar herum habe auch ich weniger gut geschlafen.
Die Erklärungen, die die Nationalbank abgegeben hat, haben bei weitem nicht alle überzeugt.
Die Aufgabe der Schweizerischen Nationalbank ist es, mittelfristig für Preisstabilität zu sorgen. In der zweiten Jahreshälfte 2014 hat sich der Euro zum Dollar stark abgeschwächt, von etwa 1,40 auf 1,15 Euro. Wegen des Mindestkurses hat sich auch der Schweizer Franken zum Dollar abgewertet. Um die Jahreswende kamen verschiedene Entwicklungen hinzu: Die Diskussionen um einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone flammten wieder auf, Russland glitt in eine Wirtschaftskrise ab, und die Europäische Zentralbank stellte in Aussicht, dass sie in grossem Umfang Staatsanleihen kaufen wolle. Der Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken war enorm. Wir mussten – im Gegensatz zur Lage im Jahr 2012 – davon ausgehen, dass der Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken lange anhalten würde.
Oder, mit anderen Worten: Die Nationalbank hätte ihre Bilanzsumme, die derzeit schon über 500 Milliarden Franken beträgt, noch weiter aufblähen müssen, um den Mindestkurs zu halten?
Wir haben kein Problem, aufgrund unserer Geldpolitik Risiken auf unsere Bilanz zu nehmen. Aber wir sind im Januar zum Schluss gekommen, dass der Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken kontinuierlich war und dass kein Ende davon absehbar war. So, dass die Weiterführung des Mindestkurses nicht nachhaltig gewesen wäre.
Die Nationalbankspitze steht aber jetzt wie ein Pokerspieler da, der nicht mehr mitgehen konnte, als die Einsätze zu steigen begannen.
Wir machen keine Pokerspiele. Wir machen Geldpolitik. Diese richtet sich an unserem gesetzlichen Mandat aus. Es geht nicht darum, ob wir gegen die Finanzmärkte gewinnen oder nicht. Das war nicht unser Ziel.
Aber der Mindestkurs war ein Versuch, sich gegen die Macht der Märkte zu stemmen. Und in diesem Spiel musste die Nationalbank aufgeben.
Ich habe etwas Mühe mit dem Bild des Pokerspiels. Die Strategie des Mindestkurses hat sehr gut funktioniert. Aber diese Strategie war nicht für die Ewigkeit gültig. Wenn die Nationalbank zum Schluss kommt, dass die Massnahme, die sie einsetzt, das Ziel – nämlich unser Mandat der Preisstabilität zu erfüllen – nicht mehr erreicht, dann muss sie diese aufheben.
Nach der Aufhebung des Mindestkurses gab es auch Kritiker, die sagten, die Nationalbank habe ihre Glaubwürdigkeit verspielt.
Die Nationalbank hätte an Glaubwürdigkeit verloren, wenn sie im Wissen, dass der Mindestkurs nicht mehr die erhoffte Wirkung bringt, diesen weitergeführt hätte. Die Nationalbank lässt sich nicht daran messen, ob sie an einer Massnahme, für die sie sich einmal entschieden hat, während 20 Jahren festhält. Entscheidend ist, ob die Nationalbank ihr Mandat – nämlich mittelfristige Preisstabilität – erfüllt oder nicht. Mit dem Entscheid vom 15. Januar hat die Nationalbank gezeigt, dass sie glaubwürdig ist.
Mehrere Bundesräte sollen darüber verärgert gewesen sein, dass die Nationalbank sie nicht mit mehr Vorlauf über die Aufhebung des Mindestkurses vorinformiert hat.
Ich weiss nichts von einer Verärgerung der Bundesräte. Wir führen regelmässig Gespräche mit dem Bundesratsausschuss. Vor der öffentlichen Kommunikation des Entscheides haben wir den Bundesrat informiert. Das Zusammenspiel zwischen Nationalbank und Bundesrat lief genauso ab, wie es sein sollte.
Offenbar wurde der Bundesrat etwa eine Stunde vor der Bekanntgabe des Entscheids informiert. Das ist doch sehr knapp.
Das Gesetz sieht nicht vor, dass die Nationalbank den Bundesrat im Hinblick auf solche Entscheide konsultiert. Wir haben den Entscheid getroffen, den Bundesrat vor der öffentlichen Kommunikation darüber zu informieren, und übernehmen dafür auch die Verantwortung. Deshalb erachte ich unser Vorgehen auch im Nachhinein als richtig.
In der Politik gab es auch Kritik, dass es schlecht sei, wenn ein Dreiergremium Entscheide mit solch weitreichenden Folgen treffen kann.
Das ist letztlich eine politische Frage. Nur so viel dazu: Wir haben im Vergleich zu anderen Zentralbanken ein kleines Gremium. Das heisst aber nicht, dass unsere Entscheide besser oder schlechter sind. Tatsache ist, dass die Schweiz bislang mit dem Dreiergremium sehr gut gefahren ist.
Linke Politiker haben der Nationalbank vorgeworfen, sie habe vor den Spekulanten kapituliert.
Es sind nicht nur die Spekulanten, welche den Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken verursacht haben. Der Aufwertungsdruck entstand, weil inländische und ausländische Investoren ein grosses Interesse daran haben, Schweizer Franken zu halten. Das ist einfach eine Tatsache.
Ein weiterer Vorwurf war, dass die Nationalbank wieder eine ideologische, harte Geldpolitik verfolge.
Man hat die Nationalbankspitze als Unbelehrbare oder als Monetaristen kategorisiert. Wenn man Geldpolitik im Interesse eines Landes macht, ist Ideologie jedoch gar keine Frage.
Die Bilanzsumme der Nationalbank beträgt über 500 Milliarden Franken. Wie sieht der Abbauplan der Nationalbank aus?
Die Grösse der Bilanz ist eine Folge der Geldpolitik. Wir können problemlos über eine längere Zeit mit dieser Bilanzsumme leben. Irgendwann wird wieder eine Zeit kommen, in der wir aus geldpolitischer Sicht die Bilanz abbauen können. Es ist aber auch möglich, dass wir die Bilanz erneut für die Geldpolitik einsetzen müssen. Wir können sie auch erhöhen. Im Moment müssen wir uns nicht mit Plänen für einen Abbau der Bilanz beschäftigen.
Mit Negativzinsen von –0,75 Prozent versuchen Sie nun, die Attraktivität der Schweiz als Anlageland zu senken. Haben diese gewirkt?
Alle Zinsen haben sich nach unten verschoben. Und ich bin überzeugt, dass dank den Negativzinsen der Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken abgenommen hat. Das kann ich Ihnen aber nicht eins zu eins nachweisen.
Wie lange bleiben die Negativzinsen in Kraft?
Sie bleiben, solange sie geldpolitisch notwendig sind.
Was heisst das?
Das hängt von vielen Faktoren ab. Zum Beispiel von der Wirtschaftsentwicklung in den USA und in Europa, vom Ausgang der Griechenland-Krise und von der Entwicklung in der Ukraine.
Werden Sie allenfalls die Zinsen noch weiter senken?
Wir sind mit Negativzinsen von –0,75 Prozent schon relativ weit gegangen und für den Moment zufrieden mit deren Wirkung.
Von den Negativzinsen sind auch alle Arbeitnehmer, die einer Pensionskasse angeschlossen sind, betroffen. Wieso gibt es für die Pensionskassen keine Ausnahmen?
Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Pensionskassen verwalten ein Vermögen von über 700 Milliarden Franken. Ihr Investitionsverhalten hat einen Einfluss auf die Stärke des Frankens. Unserer Ansicht nach müssen alle Investoren den Negativzinsen unterstellt werden. Das Tiefzinsumfeld als Folge der weltweiten Geldpolitik stellt für die Pensionskassen ein echtes Problem dar. Das anerkennen wir. Aber die Negativzinsen sind für die Lösung der Problematik der Pensionskassen nicht der entscheidende Faktor.

Interview: Thomas Thöni
Stefan Schnyder

«Wir gehen davon aus, dass diese Abschwächung nicht in eine Rezession münden wird.»

«Ich weiss nichts von einer Verärgerung der Bundesräte.»

Sorgen bleiben: «Der starke Franken stellt die Exportunternehmen und einige Branchen vor grosse Herausforderungen», sagt Zurbrügg.

Die grösste Stressphase ist vorbei: Fritz Zurbrügg blickt in seinem Büro in Zürich entspannt in die Kamera. «In der Zeit um den 15. Januar habe auch ich weniger gut geschlafen», räumt er ein. *Bilder Flurin Bertschinger/Ex-Press*

Geduld ist gefragt: «Wechselkuse können lange vom Gleichgewichtskurs abweichen», sagt der künftige SNB-Vizepräsident.

FRITZ ZURBRÜGG IM GESPRÄCH

Der smarte Notenbanker Fritz Zurbrügg empfängt die Besucher in seinem Büro zum Interview. Es befindet sich im ersten Stock des nüchternen Hauptsitzes der Schweizerischen Nationalbank in Zürich. Die Wände des Eckbüros sind mit Holz getäfert. An einer Wand hängt eine grosse, zweiteilige Fotografie. Von einem Fenster aus ist der Zürichsee zu sehen. Auf dem Pult stehen zwei grosse Bildschirme, auf denen Zurbrügg das Geschehen an den Finanzmärkten verfolgt. Der 55-Jährige nimmt sich eineinhalb Stunden Zeit für das Gespräch. Man spürt, dass es ihm ein Anliegen ist, den Entscheid vom 15. Januar genau zu erklären. Was er eloquent und konzis tut.

Die Eltern von Zurbrügg sind in Frutigen aufgewachsen. Sein Vater war Forstingenieur und arbeitete in vielen Ländern für die Welternährungsorganisation. Deshalb wuchs Zurbrügg in verschiedenen Staaten auf. Sein Volkswirtschaftsstudium an der Universität Bern schloss er mit dem Doktorat ab. Danach begann er eine Karriere in der Bundesverwaltung, die ihn im April 2010 an die Spitze der Eidgenössischen Finanzverwaltung führte. «Damals musste ich Schulden im Umfang von 90 Milliarden Franken verwalten. Bei der Nationalbank verwalte ich nun Anlagen im Umfang von 500 Milliarden Franken», sagt er. Im August 2012 ersetzte er Philipp Hildebrand im dreiköpfigen Direktorium der Nationalbank. Mitte Jahr übernimmt er das Amt des Vizepräsidenten. Ab dann wird er wieder in der Hauptstadt arbeiten. Da er in der Region Bern wohnt, wird sich sein Arbeitsweg stark verkürzen. Zurbrügg ist verheiratet und hat drei Söhne. *sny*

BZ Namen

Der Stanser Flugzeugbauer Pilatus plant trotz der anlaufenden Produktion des neuen Geschäftsfliegers PC-24 vorläufig keinen weiteren Personalaufbau. Präsident **Oscar J. Schwenk** zeigt sich über die Frankenstärke aber nicht beunruhigt.

Nachdem letztes Jahr die Zahl der Mitarbeiter um 116 auf 1850 gestiegen ist, beschäftigt Pilatus nun fast 2000 Personen. «Mehr aufbauen sollten wir aber nicht. Jetzt ist fertig», sagte Schwenk in einem Interview mit der Zeitung «Schweiz am Sonntag». So wie Pilatus heute aufgestellt sei, müsse das Unternehmen einen Jahresumsatz von etwa 1 Milliarde Franken erzielen, ergänzte Schwenk in der «Zentralschweiz am Sonntag». Es zeichne sich aber ab, dass Pilatus 2016 einen Einbruch erleiden werde. Denn die Firma lebe von den Trainingsflugzeugen und vom PC-12. «Wir brauchen noch zwei Grossaufträge, die wir noch nicht auf sicher haben», so Schwenk.
Im Machtkampf bei Sika hat der Verwaltungsrat die Verantwortlichkeitsklagen gegen drei seiner Mitglieder kritisiert. Die Klagen der Holding der Sika-Erben seien ohne Basis und beträfen Kosten, welche im Interesse der Firma aufgewendet worden seien. Er bedauere diese weiteren Klagen, da sie nicht dazu beitragen würden, eine für alle Beteiligten gute Lösung zu finden, sagte Präsident **Paul Hälg** (Bild). Die Schenker-Winkler-Holding, über welche die Erbenfamilie ihre Anteile an dem Baustoffhersteller hält, hatte am Freitag einen Bericht der NZZ bestätigt, wonach sie gegen die von ihr unabhängigen Verwaltungsräte **Monika Ribar, Christoph Tobler** und **Ulrich Suter** Verantwortlichkeitsklagen einreicht. Grund für die Klagen sei, dass der Sika-Verwaltungsrat für die Abwehrkampagne gegen den Verkauf der Anteile der Schenker-Winkler-Holding an den Baukonzern Saint-Gobain unverhältnismässig viel Geld ausgebe. *sda*

Müller geht auf Distanz zu Markwalder

KASACHSTAN-LOBBYING
Für FDP-Präsident Philipp Müller hat Christa Markwalder mit der Weiterleitung von Informationen klar das Kommissionsgeheimnis verletzt. Der Berner FDP-Nationalrätin droht eine Strafanzeige.

Christa Markwalder muss mit einer Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung oder wegen verbotenen Nachrichtendienstes für einen anderen Staat, also Spionage, rechnen. Entsprechende Schritte werden nun in der Aussenpolitischen Kommission (APK) diskutiert, schreibt die «SonntagsZeitung». Kommissionspräsident Carlo Sommaruga will die Frage jetzt «von der Kommission entscheiden» lassen. Diese habe drei Optionen: Strafanzeige, Übergabe ans Ratsbüro oder Ruhenlassen. Beim verbotenen Nachrichtendienst handelt es sich allerdings um ein Offizialdelikt, bei dem die Berner Staatsanwaltschaft von sich aus tätig werden müsste.

Kritik vom FDP-Präsident

Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder hatte aus der APK Dokumente an die Lobbyistin Marie-Louise Baumann weitergeleitet. Weil nun bekannt sei, was Markwalder weitergeleitet habe, stehe für ihn fest, dass Markwalder das Kommissionsgeheimnis verletzt habe und nun das Ratsbüro über das weitere Vorgehen entscheide, sagte FDP-Präsident Philipp Müller in der Sendung «Samstagsrundschau» von Schweizer Radio SRF. Zuvor hatte Müller stets auf die Unschuldsvermutung verwiesen.

Es gehe bei Geheimnisverrat nicht darum, welchen Stellenwert die weitergeleiteten Infos hätten, erklärte FDP-Chef Müller. Jede Unterlage falle unter das Kommissionsgeheimnis. Ob Markwalder nach dem Wirbel um das Kasachstan-Lobbying wie geplant im Winter Nationalratspräsidentin werden soll, liess Müller offen. Das entscheide der Nationalrat, und dabei habe der Entscheid des Ratsbüros Einfluss.

Schonungslose Aufklärung

Die FDP werde den Fall ohne Rücksicht auf Einzelne klären, kündigte Müller an. Klar ist für ihn, dass die FDP durch die Affäre bereits Schaden genommen habe, wie Müller der «Schweiz am Sonntag» sagte. Das Volk habe den Eindruck, im Parlament werde gemauschelt. Das müsse ausgeräumt werden. Dabei versprach Müller Transparenz, entsprechende Vorstösse lägen vor. Seine Partei hatte sich bisher allerdings wie andere Bürgerliche einer Regelung widersetzt.

Staatlich bezahlte Experten?

Der Berner Politologieprofessor Fritz Sager sagte im «Tages-Anzeiger», Milizparlamentarier seien auf Infos von Lobbys angewiesen. Eine Alternative wären staatlich bezahlte Experten. Und das sei im verfassungsmässig schlank aufgestellten Staat Schweiz nicht möglich.

Die von Ständerat Thomas Minder (parteilos/SH) angekündigte Initiative, die alle Lobbyisten aus der Wandelhalle im Bundeshaus verbannen will, hält Sager für «seltsam realitätsfremd». Die Einflussnahme finde ja nicht einfach vor den Ratssälen, sondern vor der Parlamentsdebatte statt. Abhilfe sieht Sager in einem grösseren Mitarbeiterstab für Parlamentarier und in der vollständigen Offenlegung aller Auftraggeber aufseiten der Lobbyisten. *sda/wrs*

FDP-Präsident Philipp Müller. *Bilder key*

Nationalrätin Christa Markwalder.

ANZEIGE